



Pfalzbrief 03 | 20

Was Corona
mit uns macht
Seite 6

Ausgefragt mit
dem neuen
Pensionskassen-Chef
Seite 22

Neue Regierungs-
mitglieder:
100 Tage im Amt
Seite 26

Reduktion

Warum weniger manchmal mehr sein kann

Reduktion – warum weniger manchmal mehr ist

Zu welcher Fraktion gehören Sie? Zu jener, die Corona und den Lockdown als Entschleunigung wahrgenommen hat – also irgendwie positiv? Oder zu jener, die diese Zeit als Belastung empfunden hat – als eine Zeit, die nichts gebracht hat, im besten Fall Langeweile?

Ich gehöre zu Ersteren. Ich wohne in der Stadt St.Gallen, nahe den Geleisen des Bahnhofs. Ich mag diese urbane Stimmung. Die plötzliche Stille auf den Schienen ist mir dann aber eingefahren. Eine wochenlange Sonntagmorgenruhe, die den Lockdown und die Entschleunigung eindringlich vor Augen führte.

Wir haben für diesen Pfalzbrief das Thema «Reduktion» gewählt. Was macht diese Pandemie eigentlich mit uns? Zu Hause und am Arbeitsplatz? Gemeint ist nicht nur die Reduktion des Alltags unter den Bedingungen des Lockdowns. Gemeint ist auch das, wenn man sagt «Weniger ist mehr» oder wenn man von der «Kunst des Weglassens» spricht.

In welchen Lebensbereichen begegnen uns Reduktionen? Antworten gibt der Pfalzbrief. Wir haben beim Strassenlärm hingehorcht, sind ins Gefängnis gegangen, haben uns mit «Leichter Sprache» auseinandergesetzt. Viel Spass beim Lesen.

Markus Wehrli
Redaktionsleiter Pfalzbrief,
Mitarbeiter Kommunikation

Korrigendum

Wir haben im letzten Pfalzbrief die zurücktretenden Regierungsmitglieder gewürdigt. Im Text zu Regierungsrätin Heidi Hanselmann hiess es, dass keine andere Frau so lange im St.Galler Regierungsrat war wie sie, nämlich 16 Jahre. Das stimmt nicht. Auch ihre Parteikollegin Kathrin Hilber war 16 Jahre Mitglied der St.Galler Regierung, nämlich von 1996 bis 2012. Wir entschuldigen uns für den Fehler.

08



- 04 Regierungspräsident Bruno Damann zu Corona
- 06 Wie das Virus die Arbeit verändert
- 08 Martin Vinzens nimmt den Hut
- 11 Sind Sie sammelwütig?
- 12 Schnörkellos: Leichte Sprache
- 14 Juristendeutsch vs. verständliches Deutsch
- 15 Wenn Strassen flüstern
- 16 «Hand-Werk» mit Martin Jäger
- 20 Was macht eigentlich ... Monika Engler?

Foto Titelseite: Thomas Hary

- Wie führt man eine Pensionskasse? 22
- Einblicke: Das «Neue Bauen» in St.Gallen 24
- Die neuen Regierungsmitglieder im Gespräch 26
- Erste Hilfe für psychische Gesundheit 29
- Politische Ämter: Wer will, der darf 30
- Das letzte Wort 32



22

Herausgeberin
Kommunikation Staatskanzlei

Adresse der Redaktion
Redaktion Pfalzbrief, Staatskanzlei,
Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen,
Telefon 058 229 32 64, pfalzbrief@sg.ch

Konzept und Gestaltung
Kernbrand AG, St.Gallen

Druck
Cavelti AG, Gossau



Foto: Thomas Hary

«Der Spagat zwischen Normalität und Krise gelingt uns aus meiner Sicht ziemlich gut.»

«Wir dürfen uns nicht auf Corona reduzieren»

Geschätzte Mitarbeitende

Wenn ich auf das letzte halbe Jahr zurückblicke, dann geht es mir wohl wie Ihnen: Mein privater und beruflicher Alltag hatte sich faktisch auf ein Thema reduziert – Corona. Inzwischen hat sich unsere Lebenssituation wieder etwas normalisiert, auch wenn wir noch immer mit den Einschränkungen wegen des Coronavirus leben müssen. Doch seit den Sommerferien arbeiten wir wieder mehrheitlich im Büro mit unseren Kolleginnen und Kollegen zusammen. Wir pendeln wieder zur Arbeit, halt einfach mit Schutzmaske. Und das Mittagessen können wir wieder in unseren Lieblingsrestaurants und Cafeterias geniessen.

Dieser Spagat zwischen Normalität und Krise gelingt uns aus meiner Sicht ziemlich gut. Wir haben uns arrangiert mit Abstandhalten in Sitzungen und mit Hallo-Sagen ohne Händeschütteln. Aber wie wir uns verhalten, bildet nur die eine Seite ab, wie sich die Corona-Pandemie auf unsere Arbeit auswirkt. Die andere Seite ist die Arbeitsbelastung, die uns die Bewältigung der Krise einbringt. Bereits in meinem ehemaligen Departement hatte ich gesehen, wie stark das Coronavirus unsere Arbeit beeinflusst. Tausende Kurzarbeitsgesuche hatten die Mitarbeitenden des Amtes für Wirtschaft und Arbeit zu verarbeiten. Jetzt leite ich das Gesundheitsdepartement und sehe, wie intensiv die Arbeit für meine Ämter und Dienststellen in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Führungstab ist. Und natürlich ist auch die Regierung gefordert.

Während wir uns im ersten Halbjahr fast ausschliesslich auf Krisenbewältigung konzentrieren konnten, ist die Ausgangslage nun eine andere. Seit den Sommerferien und für die kommenden Monate lautet unser Auftrag: Wir bekämpfen die Ausbreitung des Virus und stellen gleichzeitig die gewohnten Dienstleistungen für unsere Kundinnen und Kunden sicher. Diese Doppelbelastung leisten Sie bis jetzt ohne Knurren. Dafür bedanke ich mich im Namen der Regierung ganz herzlich bei Ihnen. Es ist eine ausserordentliche Situation und mit Ihrer Arbeit stellen Sie sicher, dass der Staat in dieser Krise handlungsfähig bleibt. Damit sichern wir die Gesundheit unserer Nächsten und das Vertrauen in das staatliche Handeln.

Ich bin überzeugt, dass es uns guttut, wenn wir uns nicht mehr nur auf das Coronavirus konzentrieren. Wir müssen lernen, mit dem Virus umzugehen, im privaten und im beruflichen Alltag. Denn Normalität bringt uns Stabilität. Diese kann es auch mit dem Virus geben.

*Herzlich,
Bruno Damann
Regierungspräsident
Vorsteher des Gesundheitsdepartementes*

«Corona hat meine Arbeit von einem Tag auf den anderen total verändert: Wir mussten neue Gesuchsprozesse innert kurzer Zeit aufbauen. Die intensive Mehrarbeit rund um die Ausfallentschädigungen an Kulturunternehmen und Kulturschaffende ist aber auch dankbar, weil ich direkt etwas Wirkungsvolles zugunsten des Kulturschaffens tun kann. Zudem habe ich meine Kenntnisse über die Kulturlandschaft im Kanton vertiefen können. Und: **Wir switchen jetzt vermehrt zwischen Homeoffice und Büro – für mich eine willkommene Abwechslung.** Selbstverständlich beschäftigt es uns, wie sich die Kulturlandschaft mittelfristig entwickeln wird. Da sind viele sehr unter Druck und viele Fragen sind ungeklärt. Zugleich wünsche ich mir, dass viele Kulturschaffende die Chance nutzen und mutig Neues ausprobieren.»

Eduard Hartmann
Projektleiter Amt für Kultur



Reduktion durch Corona: Was nehmen wir mit?

Es wäre ein Leichtes zu jammern. Und ja, die Verunsicherung ist da und die Belastung ist hoch. Seit vier Jahren bin ich an der Kanti Heerbrugg als Deutsch- und Philosophielehrer tätig und musste von heute auf morgen meinen Unterricht komplett neu denken. Aber das ist gut so. **Ich habe meine digitalen Kompetenzen erweitert und musste vieles neu erlernen. Genau das macht den Lehrberuf doch so spannend und wertvoll: dieses agile, immer neue, gemeinsame Lernen.** Ein wirksamer Unterricht setzt zuallererst eine vertrauensvolle Beziehung voraus. Je grösser die räumliche Distanz also trennt, desto mehr soziale Nähe scheint mir wichtig. Das – und eine Prise Gelassenheit – nehme ich mit als Vorbereitung für alles Unerwartete, was uns noch bevorsteht.

Marc Caduff
Lehrperson für Deutsch und Philosophie und
Prorektor an der Kanti Heerbrugg



Corona hat viele Veränderungen gebracht. Bei den Fahrzeugprüfungen reduzieren wir den Kundenkontakt auf ein Minimum. Die Kunden warten auf dem Vorplatz im Fahrzeug und ich winke sie heran. Nach der Prüfung auf der Hebebühne muss die Fahrerin oder der Fahrer im Warteraum Platz nehmen und ich prüfe das Fahrzeug allein zu Ende. Wegen dieser Umstellung haben wir weniger Kunden im Schalterraum – und einen kleinen zeitlichen Vorteil. Das könnte für die Zeit nach Corona beibehalten werden. Der engere Kundenkontakt fehlt mir aber. Bei den Führerprüfungen ist es mühsam, bei warmen Temperaturen mit der Gesichtsmaske zu fahren. Man riecht den Geschmack der Maske und seinen eigenen Atem. **Emotionen und Gesichtsausdrücke fehlen, die Stimme klingt dumpf. Auch wenn ich mich langsam an den Corona-Alltag gewöhnt habe, er wird uns noch eine Zeit beschäftigen.**

Bruno Huber

Verkehrsexperte, Prüfstellenleiter Stv., Prüfstelle Buriel/Thal



Da kleinere Veranstaltungen wieder stattfinden dürfen, hat auch meine Arbeit zugenommen. Zuvor war ein massgeblicher Teil, unter anderem die Vorbereitung von Reden, weggefallen, und ich wurde dafür in Projekten eingesetzt. **Das heisst, ich befasse mich nun mit Themen, die für mich neu sind wie zum Beispiel Investitionsplanung oder Begabtenförderung. Ich empfinde dies als durchaus positiv, auch weil die Arbeitsauslastung so berechenbar ist.** Noch immer arbeite ich teilweise im Homeoffice, was mir den Weg zwischen Zürich und St.Gallen erspart und die Kinderbetreuung vereinfacht. Dies bedeutet eine klare Erleichterung des Alltags. Das mobile Arbeiten ist für mich in dieser Zeit zur neuen Normalität geworden. Aus meiner Sicht ist Flexibilität auf allen Seiten die beste Art, mit der unberechenbaren Situation umzugehen.

Andrea Schmid

Stabsmitarbeiterin Bildungsdepartement

Die Doppelbelastung war auch bei der Standortförderung da. Wir haben die Corona-Hotline des Kantons mitaufgebaut und unterstützt. Gerade die ersten Wochen waren intensiv und emotional. Als Standortförderer besuchen wir normalerweise Firmen im Ausland. Weil das jetzt nicht geht, führe ich jetzt Videokonferenzen. Das spart viel Reisezeit. Es ersetzt aber den wichtigen physischen Kontakt nicht. **Positiv bleiben mir Kontakte mit Anrufern der Hotline.** Viele zeigten eine hohe Eigeninitiative und lamentierten nicht. Bei denen, die von der Krise hart getroffen wurden, hat mich das sehr beeindruckt. Die Krise ist noch nicht überstanden. **Die Vergangenheit hat aber immer wieder gezeigt, dass unsere Region mit Krisen umgehen kann. Entsprechend bin ich überzeugt, dass wir gestärkt daraus hervorgehen werden.**

Franz Uffer

Teamleiter Standortförderung
Amt für Wirtschaft



«Das Gefängnis ist ein Kloster auf Zeit»

Martin Vinzens, der scheidende Direktor der Strafanstalt Saxerriet, über die Parallelen zwischen Haft und Klosterleben

Martin Vinzens, Sie sind seit über 20 Jahren Direktor des «Saxerriet». Wie oft haben Sie sich einsperren lassen?

Nie. Aber ich habe die Insassen eingesperrt, zum Beispiel wenn wir Ausfälle beim Personal hatten. Dieser Moment ist eindrücklich, wenn man den Schlüssel dreht und das Schloss zuschnappt. Dieses Klicken bringt auf den Punkt, was im Gefängnis geschieht: Man entzieht einem Menschen die Freiheit und nimmt ihm damit ein fundamentales Menschenrecht.

Menschen die Freiheit nehmen, wenn sie eine Straftat begangen haben, ist das sinnvoll?

Es gibt keine Alternative dazu. Der Entzug von Freiheit ist eine der stärksten Strafen, die wir kennen. Aber es ist ein Entzug auf Zeit. Sinnvoll

ist das, weil der Freiheitsentzug als Abschreckung dient und andere sich zweimal überlegen, ob sie wirklich gegen das Gesetz verstossen möchten. Mit dem Freiheitsentzug wird aber auch eine Straftat gesühnt. Schliesslich geht es beim Freiheitsentzug vor allem auch darum, straffällige Personen auf die richtige Bahn zu bringen und sie auf die Zeit nach dem Gefängnis vorzubereiten.

Aber ist es auch moralisch, jemandem die Freiheit zu nehmen?

Selbstverständlich. Wenn wir Leute auf die richtige Bahn bringen, dann verhindern wir künftige Opfer. Wenn Freiheitsentzug nicht moralisch vertretbar wäre, hätte ich diesen Job nie gemacht.

Sie haben Theologie studiert, waren auch seelsorgerisch tätig – sind dann aber Gefängnisdirektor geworden. Was hat Sie gereizt?

Mich interessiert das Leben der Menschen. Ich bin früh in Kontakt gekommen mit Leuten, die nicht der Norm entsprechen. Mich reizt es, ihre Geschichte zu verstehen: Weshalb führen sie ihr Leben so und nicht anders? Während meines Theologiestudiums lernte ich die Gefängnisseelsorge und damit auch Gefängnisinsassen kennen. Der Lebensweg dieser Menschen und ihre Perspektiven interessierten mich bereits damals.



«Was es vor allem braucht, das sind verlässliche Beziehungen.»

Haben Sie als Direktor enge Beziehungen zu den Insassen?

Ich kenne sie selbstverständlich persönlich. Ich führe regelmässig Gespräche mit ihnen, um mir ein Bild machen zu können und zu wissen, wo sie stehen. Es geht dabei um eine professionelle Mischung von Nähe und Distanz. Ich gehe aber immer offen auf die Insassen zu und versuche klar und transparent zu sein.

Thema des Pfalzbriefes ist «Reduktion – Die Kunst des Weglassens». Das Leben im Gefängnis erinnert an das Leben im Kloster. Täuscht der Eindruck?

Überhaupt nicht. Hier wie dort konzentriert sich das Leben auf einen einzigen Ort – leben, arbeiten, schlafen, Tag für Tag, Woche für Woche. Das ist tatsächlich wie in einem Kloster, es ist eine totale Reduktion. Wenn ein Insasse hier ankommt, dann gibt er zuerst einmal alles ab. Sein Alltag ist geregelt. Wann er telefonieren darf, ist geregelt, wann er nach draussen darf, ist geregelt, der gesamte Tagesablauf ist vorgegeben. Es gibt kaum einen Ort, wo der Mensch so auf sich zurückgeworfen ist wie hier. Das Gefängnis ist ein Kloster auf Zeit.

Eine Form der Askese?

Ja, und wenn man die Insassen begleitet und betreut, dann kann das sehr heilsam sein. Ich habe hier Zeit, mir mein Leben zu überlegen. Der Strafvollzug kann so zu einem Wendepunkt werden.

Sie glauben daran, dass jeder Mensch eine zweite Chance haben soll?

Bei Schwerstverbrechern ist das sehr schwierig. Aber hier im «Saxerriet», im offenen Strafvollzug, ist die zweite Chance unsere tägliche Arbeit. Unsere Insassen haben eine Perspektive. An dieser Perspektive arbeiten wir. Wir bereiten diese Menschen auf die Entlassung und auf ihre Freiheit vor, damit sie sich in die Gesellschaft einfügen und ein geregeltes Leben führen können. Das Ziel ist Resozialisierung. Das ist nichts anderes als eine zweite Chance haben.



*«Ich habe gelernt,
wirklich ohne
Vorurteil auf
Menschen zuzugehen
und zuzuhören.»*

Wurden Sie nie enttäuscht?

Natürlich. Es gibt immer wieder Rückschläge. Zu Beginn war bei mir sicher ein theologisches Vorschussvertrauen im Spiel. Das habe ich abgelegt, ich wurde angelogen und bin realistischer geworden. Und manchmal entlassen wir Insassen in die Freiheit, bei denen wir wirklich ein total gutes Gefühl haben. Aber dann sind sie keine zwei Monate draussen und sie begehen eine Straftat.

Was hat der Gefängnisalltag Sie über das Leben gelehrt?

Ich habe gelernt, wirklich ohne Vorurteil auf Menschen zuzugehen und zuzuhören. Und bei Rückschlägen wieder neu anzufangen und nach neuen Wegen zu suchen.

Im Mai 2021 gehen Sie in die Pension. Übernehmen Sie dann eine Pfarrei?

Nein, dieses Kapitel ist abgeschlossen. Das heisst nicht, dass ich mich dem Thema «Spiritualität» verschliesse. Ein Engagement in der Amtskirche kommt aber nicht infrage.

*Das Interview führte Markus Wehrli,
Mitarbeiter Kommunikation,
Staatskanzlei*



Meine Devise lautet: «**So viel Ballast wie möglich abwerfen.**» Ich hänge nur an wenigen Dingen. Immer, wenn ich etwas Neues kaufe, muss etwas Altes gehen. Ich mag es luftig, leicht und aufgeräumt. Es fällt mir daher nicht schwer, mich von Sachen zu trennen. Das geht oft so einfach von der Hand, dass ich auch schon Dinge entsorgt habe, die ich später doch noch hätte brauchen können.



Gabriela Peyrot,
Assistentin Vorsteher
Volkswirtschaftsdepartement

«Weg damit – oder fällt es Ihnen schwer, sich von Dingen zu trennen?»



Christa Jud
Sachbearbeiterin und
Empfang, Staatskanzlei

Ich bin eine gute Kundin bei der Entsorgungsfirma – man kennt mich dort schon beim Namen. Fast jede Woche entsorge ich etwas, sei es nun PET, Glas, Papier oder seien es alte Dinge. Es ist nicht so, dass ich wenig besitze. Aber ich mag es nicht, wenn etwas herumsteht, das nicht mehr gebraucht wird. Ähnlich ist es bei der Arbeit: Wenn ich einen aufgeräumten Arbeitsplatz habe, dann kann ich besser denken. Meine Familie versteht meinen Entsorgungsfimmel nicht immer. Meine Kinder sagen, wenn sie etwas nicht sofort finden: «**Das hast du bestimmt wieder entsorgt.**»

Ich habe die Angewohnheit, Zeitungsartikel, welche mich zum Nachdenken anregen, herauszureissen und hinter meinem Pult zwischenzulagern. In der letzten Sommerferienwoche habe ich mich dieser inzwischen recht stattlichen Stapel wieder einmal angenommen. Beim nochmaligen Lesen schienen mir dann die allermeisten Artikel doch nicht so bedeutsam wie angenommen und ich habe sie ohne Schmerzen entsorgt. **Trennung geht also, dauert aber.**



Fredy Fässler
Regierungsrat, Sicherheits-
und Justizdepartement

«Leichte Sprache»: voll auf den Sinn fokussiert



Lesen – und doch kaum etwas verstehen. Viele Menschen haben aufgrund einer Beeinträchtigung Mühe, Texte zu verstehen. Für sie ist die «Leichte Sprache»: Eine Totalreduktion der Alltagssprache, ganz fokussiert auf den Sinn, ohne jede Floskel und ohne Fachbegriff. Vier Thesen zur «Leichten Sprache» und was Thomas Weber vom Amt für Soziales dazu sagt.

These 1

Die Sprachkompetenz nimmt generell ab. «Leichte Sprache» hat deshalb eine wachsende Zahl von Nutzerinnen und Nutzern.

Thomas Weber: Kurznachrichten wie Twitter, SMS oder Whatsapp verändern die Sprachkompetenz vor allem der jungen Generation. Die Befürchtung: Mehr und mehr Menschen werden deshalb zunehmend Schwierigkeiten haben, komplexe Texte zu verstehen. Gleichwohl sind Kurznachrichten eng verwandt mit «Leichter Sprache». Das bedeutet, dass es mehr und mehr normal wird, die «Leichte Sprache» zu verwenden.

These 2

Alltagssprache in «Leichte Sprache» übersetzen ist simpel – es ist ja eine Vereinfachung.

Thomas Weber: Im Gegenteil. Es ist schwierig, Sinn und Bedeutung eines Textes zu verstehen und ihn dann in eine einfachere Form zu transformieren. Das ist bei jeder Übersetzung der Fall. Die Gefahr ist, dass der Ursprungstext mit der Übersetzung eine andere Bedeutung bekommt. Deshalb braucht jemand, der in «Leichte Sprache» übersetzen will, eine spezielle Ausbildung. Die Texte werden zudem immer von betroffenen Menschen überprüft. Erst danach bekommt der Text das Label «Leichte Sprache».

These 3

Schwierige Sachverhalte lassen sich in «Leichter Sprache» nicht darstellen.

Thomas Weber: Das ist eine Frage der Übersetzungskunst. Die goldene Regel: Es geht in erster Linie darum, den Sinn zu vermitteln. Man schreibt, was man meint und was man sagen möchte. Schwierige Sachverhalte müssen keineswegs zwingend in schwieriger Sprache wiedergegeben werden, es geht auch in einfachen Worten.

These 4

Die «Leichte Sprache» drückt das Niveau der Alltagssprache herab.

Thomas Weber: Da «Leichte Sprache» nur geschrieben und nicht gesprochen wird, hat sie nur wenig Einfluss auf die Alltagssprache. In der Regel ist sie eine Ergänzung zur Standardsprache und kommt dann zum Einsatz, wenn es wichtig ist, möglichst viele Menschen mit einer Information zu erreichen.

Aus den Fussballregeln der Fifa

Das Spielfeld muss vollständig aus einer Natur- oder, sofern gemäss den Wettbewerbsbestimmungen zulässig, einer Kunstrasenunterlage bestehen, es sei denn, die Wettbewerbsbestimmungen lassen eine Kombination aus Kunst- und Naturrasenmaterialien (Hybridsystem) zu. Kunstrasenfelder sind grün.

In «leichter Sprache»:

Auf dem Boden vom Fussballfeld muss Gras sein. Das Gras darf auch aus Plastik sein. Aber nur wenn es erlaubtes Gras aus Plastik ist. Das Gras muss entweder echt sein oder aus Plastik. Manchmal darf aber auch beides gemischt sein. Hauptsächlich das Gras ist grün.

(Quelle: Wirtschaftsmagazin «Brand eins»)

Aus dem Planungsbericht 2018/2020 des Kantons zu Angeboten für Menschen mit einer Behinderung

Für ältere Menschen mit Behinderung sind weitere Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzustellen. Pflege in Behinderteneinrichtungen soll – soweit konzeptionell sinnvoll – angeboten und durch Krankenkassen mitfinanziert werden.

In «Leichter Sprache»:

Mehr Wohnplätze und Arbeitsplätze für ältere Menschen. Die Einrichtungen sollen mehr Plätze zum Wohnen und Arbeiten für ältere Menschen mit Behinderung anbieten. Brauchen diese Menschen auch Pflege? Dann sollen die Einrichtungen diese Pflege anbieten. Und die Krankenkassen sollen einen Teil der Kosten bezahlen.

Ein Beispiel von der Seite www.sg.ch

Mit rund einer halben Million Einwohnerinnen und Einwohnern ist der Kanton St.Gallen bevölkerungsmässig der fünftgrösste Kanton der Schweiz. Die ständige Wohnbevölkerung im Kanton ist seit 2006 kontinuierlich leicht gewachsen und macht mittlerweile knapp sechs Prozent der Gesamtbevölkerung der Schweiz aus. Auch der Ausländeranteil der Bevölkerung hat sich seit 2006 jährlich erhöht und liegt nun bei knapp einem Viertel. Die grösste ausländische Bevölkerungsgruppe besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

In «Leichter Sprache»:

Fast eine halbe Million Menschen leben im Kanton St.Gallen. Damit ist der Kanton St.Gallen der fünftgrösste Kanton in der Schweiz. Nur in 4 anderen Kantonen leben noch mehr Menschen.

Heute gibt es im Kanton 77 Gemeinden. Zu den Gemeinden gehören alle Städte und Dörfer. Die Bevölkerung im Kanton St.Gallen wächst seit 2006 jedes Jahr ein wenig.

6 Prozent der Schweizer Bevölkerung lebt heute im Kanton St.Gallen.

Auch immer mehr Ausländerinnen und Ausländer leben seit 2006 im Kanton St.Gallen.

Ein Viertel von der St.Galler Bevölkerung sind heute Ausländerinnen und Ausländer.

Die meisten Ausländerinnen und Ausländer kommen aus Deutschland.



Weitere Beispiele auf pfalzbrieft.ch.

Verständliche Texte: gar nicht so einfach

Mitunter treiben amtliche Texte kuriose (Stil-)Blüten. Wer erinnert sich nicht an den legendären «Bündnerfleisch»-Auftritt von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz im Nationalrat? Ein Mitarbeiter hatte zum Thema der Verzollung von gewürztem Fleisch ein derart verzwickeltes Manuskript verfasst, dass Merz beim Vorlesen von einem Lachanfall durchgeschüttelt wurde.

Solche komischen Momente haben durchaus eine ernsthafte Seite. Wenn Herr und Frau Schweizer die Schriftstücke aus den Amtsstuben nicht (mehr) verstehen, liegen die Probleme auf der Hand: Um eine Anweisung zu befolgen, muss man sie zunächst erfassen können. Auch seine eigenen Rechte wahrnehmen kann nur, wer weiss, worum es überhaupt geht. Ohne ein wenigstens grundlegendes Verständnis von amtlichen Texten sind Risse in der Gesellschaft die Folge.

Einfach, aber falsch ...

Die Gründe, warum diese Texte häufig (zu) kompliziert wirken, sind vielschichtig. Eine gewisse Bequemlichkeit von Verfasserinnen und Verfassern, die in ihrem «Slang» verhaftet sind, gehört sicher dazu. Aber mit der Forderung, das Juristen- oder Beamtendeutsch endlich zu überwinden, machen es sich einige Kritikerinnen und Kritiker zu leicht. Häufig ermöglichen erst etwas sperrig anmutende Formulierungen, präzise Festlegungen zu treffen. Es nützt gerade bei Rechtstexten nichts, wenn etwas auf den ersten Blick «mundgerecht» erscheint, in Wahrheit aber Lücken aufweist, unlogisch ist oder zu Missverständnissen



führt. Hinzu kommt: Das heutige Bedürfnis nach immer komplexeren und differenzierteren Regelungen setzt einer leicht zugänglichen sprachlichen Umsetzung Grenzen. Nehmen wir an, zu einer Vorschrift soll es eine Ausnahme geben, für diese wiederum eine Gegen Ausnahme und dazu noch einen Vorbehalt – das lässt sich kaum in einem einfachen Satz formulieren.

Übung macht den Meister

Diese Überlegungen bedeuten keineswegs, dass wir in der Verwaltung mit den Schultern zucken sollten. Im Gegenteil: Das Ringen um Verständlichkeit ist eine ständige und wichtige Aufgabe. Bemühungen gibt es auf mehreren Ebenen: So werden in der Staatskanzlei die Entwürfe von Erlassen, Botschaften und Berichten auch auf Verständlichkeit geprüft, bevor sie an Regierung und Kantonsrat gehen. Die Departemente und Ämter veröffentlichen wesentliche Inhalte von Beschlüssen in möglichst bürgernaher Sprache auf den verschiedensten Kanälen. Und in der direkten Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern – zum Beispiel in Verfügungen – ist es das erklärte Ziel, vermehrt Alltagssprachliche Begriffe zu verwenden.

Zu guter Letzt aber auch dies: Die Leserinnen und Leser können ebenso einen Beitrag zur gelingenden Kommunikation leisten – Interesse, Übung und Hartnäckigkeit erleichtern das Verständnis auch von schwierigen Texten.

*Jan Scheffler, Dr. rer. publ.,
neuer Leiter der Dienststelle Recht
und Legistik, Staatskanzlei*

Wenn Strassen flüstern

Lärm ist nicht nur störend, Lärm belastet auch die Gesundheit. Rund 14 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind übermässigem Strassenlärm ausgesetzt. Das Tiefbauamt des Kantons St.Gallen (TBA) tut etwas dagegen. Eine der Massnahmen sind lärmarme Beläge – sogenannte Flüsterbeläge.

Charles Rinderknecht, seit vergangenem Jahr kantonal Strasseninspektor im Tiefbauamt, kennt sich gut mit Strassenbelägen aus. Er und weitere 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind verantwortlich für die Sicherheit, die Verfügbarkeit sowie den Zustand von rund 700 Kilometern Kantonsstrassen. Davon haben aktuell etwa 22 Kilometer einen Flüsterbelag.

«Dieser besondere Belag ist so beschaffen, dass er den Schall des Rollgeräusches und damit den Lärm beim Fahren dämpft. Im Vergleich zu einem normalen Belag ist er poröser und hat einen höheren Hohlraumgehalt. Die vielen kleinen Löcher schlucken den Schall», erklärt Rinderknecht. Vor allem innerorts wird der Flüsterbelag auf stark befahrenen Strassen eingebaut.

Unscheinbar, aber wirkungsvoll

Bezüglich Sicherheit, Fahrkomfort und Umweltverträglichkeit verhält sich der Flüsterbelag wie ein normaler Belag. Das Material und die Produktion sind etwa gleich teuer. Er sieht auch unauffällig aus – hat es aber in sich: In den ersten drei Jahren nach dem Einbau wird der wahrgenommene Verkehrslärm um 50 bis 75 Prozent reduziert. Gegen Ende der Lebensdauer sind es noch 30 bis 50 Prozent.



Belag effizient einsetzen

Ein Wermutstropfen: Ein normaler Strassenbelag hält bis zu 25 Jahre – ein Flüsterbelag 10 bis maximal 20 Jahre. «Durch den höheren Hohlraumgehalt ist er weniger stabil und muss deshalb häufiger saniert oder ausgewechselt werden. Das verursacht zusätzliche Kosten», sagt Rinderknecht.

Deshalb wird er auch nicht überall eingebaut. Die Fachstelle Immissionen des Tiefbauamtes bestimmt, wo es wegen der Lärmbelastung einen Flüsterbelag braucht. Aber auch die Höhenlage, die gefahrene Geschwindigkeit oder die Strassensteigung spielen eine Rolle. Diese Faktoren bestimmen zusätzlich, welcher Strassenabschnitt sich für einen lärmarmen Belag eignet – damit ein bisschen mehr Ruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner Einzug halten kann.

*Antonella Armirotti,
Praktikantin Kommunikation,
Baudepartement*





Die Zeit durch ein Sieb giessen

Hand-Werk mit Martin Jäger, Staatsarchiv

07:45

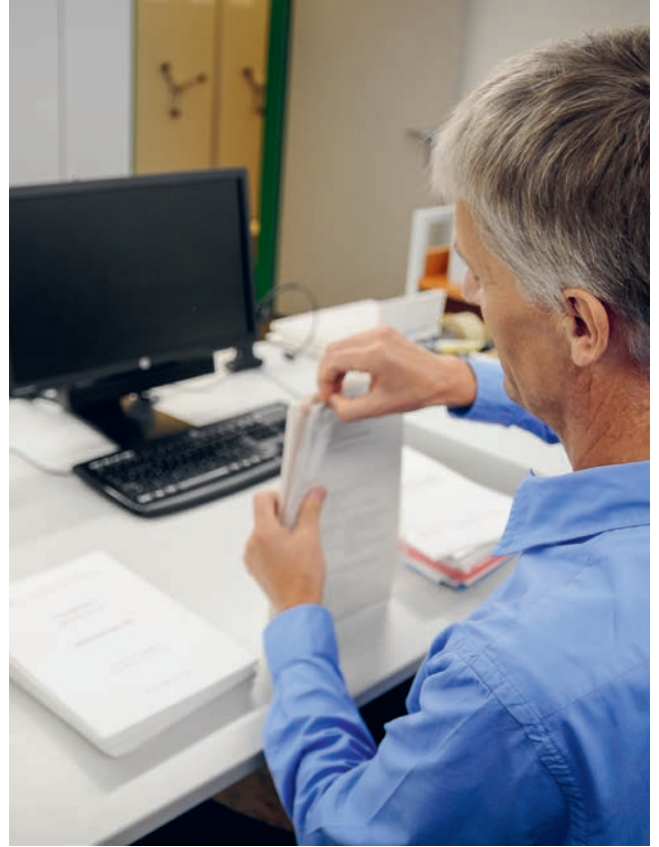
Wer das Wort «Archiv» hört, denkt an einen dunklen, verstaubten Keller. Dabei hat Martin Jägers Büro grosse Fenster und viel Sonnenlicht. «Viele stellen sich vor, dass ich morgens in die Gruft steige und erst abends wieder das Tageslicht sehe», sagt der Leiter Überlieferungsbildung des Staatsarchivs. Weit gefehlt: Statt dem Abstieg in die Gruft stellt Martin Jäger als Erstes den Computer ein, liest seine Mails und plant seinen Tag.

08:15

Das Staatsarchiv am Klosterplatz öffnet seine Tore. Martin Jäger hat selbst nur selten Kundenkontakt. Heute verbringt er den Vormittag in seinem Büro und verleiht einigen Bewertungsmodellen den letzten Schliff. Diese Dokumente erstellen er und seine Mitarbeitenden für Ämter und Dienststellen der Verwaltung, um festzulegen, was dereinst ins Archiv wandert. Die Mitarbeitenden der Verwaltung können so selbst ihre erstellten Unterlagen bewerten und übergeben nur das «archivwürdige» Material dem Staatsarchiv: Akten, Register und Bücher, aber auch Fotos, Karten

und Pläne, alles zunehmend auch in digitaler Form. Martin Jäger arbeitet seit rund 20 Jahren im Staatsarchiv und erinnert sich noch gut an seine Anfänge, als die Ämter dem Archiv alle erstellten Unterlagen abliefern. Diese stapelten sich dann in Zwischenarchiven zu hohen Türmen, bis die Archivarinnen und Archivare mit der Bewertung beginnen konnten. Grosser Aufwand für kleinen Ertrag: Nur etwa 5 bis 10 Prozent aller Unterlagen werden im Durchschnitt für die Nachwelt aufbereitet.

Die Bewertung gilt als Königsdisziplin unter den archivischen Aufgaben. Sie funktioniert aber nur vernünftig, wenn der Archivar ein Gesamtbild der Unterlagen und ihrer Entstehungshintergründe erhält.



Martin Jäger muss deshalb zuerst verstehen, welche Aufgaben und Zuständigkeiten, Abläufe und Querbeziehungen in einem Amt wichtig sind, bevor er ein Bewertungsmodell erstellen kann. «Der Kontakt mit dem Amt ist der spannendste Teil an der Bewertungsarbeit», sagt er. «Ich tauche jedes Mal in einen neuen Mikrokosmos ein.» Der Archivar verwendet für die Bewertung nicht nur sachliche Informationen. Wenn er ein Amt besucht, nimmt er auch die Atmosphäre auf: Welche Bilder schmücken die Wände? Sind die Türen offen oder geschlossen? Arbeiten die Mitarbeitenden eher mit Papier oder dem Computer?

09:45

*«Ich tauche jedes Mal
in einen neuen
Mikrokosmos ein.»*

Die erste Pause des Tages steht an. Die Mitarbeitenden des Staatsarchivs schätzen die gemeinsame Zeit. Auch wenn sie sich zurzeit Corona-bedingt nur gestaffelt vor der Kaffeemaschine treffen.



09:45

Das Hauptgeschäft des Staatsarchivs ist die Sicherung, Aufbereitung, Aufbewahrung und Erschliessung der archivwürdigen Unterlagen aller Departemente, der Staatskanzlei, der Gerichte oder staatsnahen Institutionen wie zum Beispiel von Spitälern oder der Universität St.Gallen. Ergänzend übernehmen die Archivarinnen und Archivare auch Unterlagen von privaten oder juristischen Personen, sofern diese als geeignet erscheinen, um die Geschichte des Kantons zu vervollständigen. Im Gegenzug steht das «Gedächtnis des Kantons» unter Beachtung bestimmter Spielregeln allen Interessierten und Berechtigten für Anfragen oder eigene Recherchen offen.

Schweizweit ist das Staatsarchiv St.Gallen eines jener Archive, die am strengsten reduzieren. Trotzdem sind gegen zehn Laufkilometer Akten in den Kurbelschränken feinsäuberlich einsortiert – jedes Jahr kommen 100 bis 200 Meter hinzu. Jeder Meter ist so aufbereitet, dass die Nachwelt die Tätigkeit des Kantons zurückverfolgen kann und die damit zusammenhängenden Rechte des Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger gewahrt werden. Martin Jäger verwendet gerne ein Zitat des deutschen Schriftstellers Rudolf Rolfs, um die Arbeit des Archivars zu beschreiben: «Geschichte: Die Zeit durch ein Sieb giessen, dessen Maschen unregelmässig sind.» Der studierte Historiker Martin Jäger stellt sich täglich der Herausforderung dieser «unregelmässigen Maschen», wenn er entscheidet, was archiviert wird und was im Altpapier landet. Denn wer weiss, was die Historikerinnen und Historiker von morgen interessiert?

12:15

Die einzige Regelmässigkeit in Martin Jägers Alltag sind die Arbeitszeiten, die er so gut als möglich einhält. Sein Mittagessen geniesst er manchmal in der Stadt, manchmal zu Hause mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern.

13:45

Wenn es der Zeitplan zulässt, legt Martin Jäger selber Hand an. Dass er in Akten eintaucht, ist durch seine Leitungsposition zwar seltener geworden. Ab und zu verbringt er aber einen Nachmittag mit klassischer Archivarbeit. Wenn aufgrund eines Bewertungsmodells nicht sicher ist, ob Unterlagen archivwürdig sind oder nicht, nehmen die Fachpersonen im Archiv in einer Nachbewertung jedes Dossier sorgfältig einzeln unter die Lupe. Im fensterlosen Raum im dritten Stock ist die Archivarbeit noch spür- und greifbar. Martin Jäger nimmt einen Stapel zur Hand, entfernt Büroklammern, ordnet die Akten und beginnt mit der Bewertung. Es sei wichtig, dabei nicht in Subjektivität zu verfallen, sagt er: «Klar zögere ich eher, als wenn ich zu Hause den Küchenschrank ausräume, schliesslich handelt es sich bei den meisten Unterlagen um Unikate, die nicht beliebig in Kopien erhältlich sind.» Als Archivarin oder Archivar trage man somit eine grosse Verantwortung. Dennoch heisst das Motto «Mut zur Lücke». Jäger und Sammler seien eher weniger geeignet für die archivische Bewertungsarbeit, findet Martin Jäger, der ob der Ironie seines eigenen Namens schmunzeln muss.

*«Das Motto heisst
Mut zur Lücke.»*

17:30

Nach einem Nachmittag im Archiv geniesst es Martin Jäger, sich an der frischen Luft die Beine zu vertreten. Laufsport ist sein liebster Ausgleich zum Arbeitsalltag. An freien Tagen geht er zudem gerne in die Berge. Er hat im Nebenfach Geografie studiert und schätzt dank seinem Fachwissen die Natur umso mehr. Das von ihm angesprochene Klischee des blassen Archivars, der nur selten das Sonnenlicht sieht, trifft auf Martin Jäger definitiv nicht zu.



Carole Zwahlen,
Mitarbeiterin Kommunikation,
Staatskanzlei

Was macht eigentlich...

... eine Mitarbeiterin der Fachhochschule Graubünden auf dieser Seite?

Nun ja, die Konstellation ist tatsächlich speziell. Angefangen hat alles im Frühsommer 2018, als mich der frühere St.Galler Finanzvorsteher anrief – nicht wegen einer finanzpolitischen Frage, das hätte ich mir aus meiner früheren Arbeit im Finanzdepartement noch knapp vorstellen können –, nein, es ging um Gesundheitspolitik. Man suche eine Projektleiterin für die Weiterentwicklung der Strategie der Spitalverbunde. Das kam nun wirklich aus heiterem Himmel. Als Ökonomin beschäftigte ich mich damals vor allem mit

Arbeitsmarktfragen, Integration von älteren Arbeitnehmenden, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, daneben noch ab und zu mit öffentlichen Finanzen. Aber Gesundheitsversorgung und Spitalstrukturen? Was wusste ich mehr als andere interessierte Zeitgenossen? Ich sagte trotzdem zu. Gut, das war einige Gespräche später und im Wissen, dass ein superkompetentes Projektteam bereitstand. Aber zweifelsohne auch mit viel Blauäugigkeit und Zweckoptimismus. Oder ehrlicher: Das Thema war einfach zu spannend und die Chance zu einmalig.

Der Kantonsrat hat die «4plus5-Strategie» mittlerweile in erster Lesung beraten und ich schaue manchmal etwas ungläubig zurück auf die unzähligen Besprechungen, Telefonate, Mails mit den Kolleginnen und Kollegen vom Gesundheits- und Finanzdepartement, der Staatskanzlei, den Spitalverbunden, mit Beratern, Gemeinden, Ärzteschaft, Unternehmen. Auf ordnerweise Grundlagen zu medizinischen, versorgungstechnischen, betrieblichen, ökonomischen, rechtlichen Fragen, die wir für die Vorlage erarbeitet haben. Auf die vielen Sitzungen mit intensiven Diskussionen im Lenkungsausschuss, in denen sich das Ergebnis allmählich herauskristallisierte. Als Projektleiterin sah ich meine Aufgabe darin, alle Fäden möglichst immer in der Hand zu halten, alle Beteiligten koordiniert vorwärts zu bewegen, bei genügend Resultaten Entschiede auszulösen. Ob ich mich dabei immer an die üblichen Gepflogenheiten in der Verwaltung und bei den Vorgesetzten gehalten habe, bezweifle ich – aber es schien mir oft nicht anders möglich. Und als Externe raubte mir das (meist) auch nicht den Schlaf.



Familienzeit





z' Berg

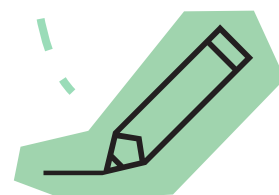
Für mich neigt sich die Arbeit zur St. Galler Spitalstrategie dem Ende zu. Ich werde damit wieder häufiger bei den Studierenden und Arbeitskollegen in Chur anzutreffen sein. Das Gesundheitsthema werde ich sicher mitnehmen, es gibt viele Fragen, deren nähere Betrachtung sich lohnt. Und vielleicht lassen sich die Erkenntnisse aus St. Gallen ja auch andernorts verwenden – etwa in Graubünden, womit wir dann wieder eine Art ausgleichende Gerechtigkeit hätten. Daneben gibt es aber auch die früheren Themen, die es wieder aufzunehmen und voranzubringen gilt. So etwa neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle für Kitas zur Verbesserung der Kinderbetreuung im ländlichen Raum. Interessanterweise geht es dabei um die genau gleiche Grundfrage wie bei den Spitälern: Wie können wir gute Qualität und ein bedarfsgerechtes (hier berufskompatibles) Angebot zu tragbaren Kosten bereitstellen?

So kann ich mich auch in Zukunft auf spannende Aufgaben freuen. Noch mehr freue ich mich aber auf mehr freie Wochenenden zusammen mit meiner Familie. Und auf eine richtig lange Bergtour.

Monika Engler,
Professorin für Volkswirtschaftslehre,
Fachhochschule Graubünden



Bereit für Chindsgi
und Arbeit



Monika Engler war fünf Jahre als Ökonomin im Generalsekretariat des Finanzdepartementes tätig. Ihr oblag die Vorbereitung der Botschaften zum

Budget, zum Aufgaben- und Finanzplan sowie zu verschiedenen Sparprogrammen. Diese Jahre waren sehr intensiv und anspruchsvoll, der Kantonshaushalt musste wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Monika Engler zeigte ausgewiesene konzeptionelle Fähigkeiten, war sich aber nicht zu schade für die Detail- und die Knochenarbeit. Ich erinnere mich noch gut an die Zusammenarbeit und an einige Abende im Büro, an denen wir dann gerade noch spurtend von der Davidstrasse den letzten Zug ins Werdenberg erreichten.



Flavio Büsser, Generalsekretär Finanzdepartement

«Rendite ist gut – Vertrauen ist besser»

A middle-aged man with short hair and a slight beard is smiling at the camera. He is wearing a white long-sleeved button-down shirt with dark buttons and dark trousers with a black belt. He is standing outdoors in a park-like setting with trees and a wooden bench in the background. The lighting suggests it's late afternoon or early morning.

Seit bald einem Jahr steht der ehemalige Banker Stefan Schäfer an der Spitze der St.Galler Pensionskasse (sgpk). Er spricht über Ängste bei den Versicherten, wenn es um die Rente geht, über Vertrauen und die Verantwortung, mehr als 10 Milliarden Franken zu verwalten.

«Ich bin sicher, wir machen unsere Sache gut.»

Stefan Schäfer, ein Banker an der Spitze der St. Galler Pensionskasse – was hat das zu bedeuten?

Es geht nicht ausschliesslich ums rein Ökonomische. Ich bringe als Banker viel Erfahrung in konsequenter Kundenorientierung und Kundenkommunikation mit. Die Kundenorientierung ausbauen und verstärken, den persönlichen Kontakt pflegen, das ist auch Ziel der sgpk. Und dafür wurde ich auch gewählt.

In der Vergangenheit hat das nicht funktioniert?

Man muss das historisch sehen. Die sgpk ist 2014 aus der Zusammenführung der Pensionskasse des Staatspersonals und der Lehrer und Lehrerinnen hervorgegangen, vorher waren das einzelne, im Vergleich zu heute kleinere Kassen. Die Zusammenführung war ein hartes Stück Arbeit, und es brauchte zuerst einmal eine Phase der Stabilisierung. Jetzt müssen wir uns weiterentwickeln. Als heute eine der grössten Ostschweizer Pensionskassen brauchen wir ein ganz neues Selbstverständnis. Sich konsequent als Dienstleister verstehen, das ist im Unterschied zu früher jetzt fundamental.

Was ist Ihnen heilig?

Transparenz, Kommunikation, Offenheit und Fairness. Ich sage immer: Die Rendite ist nur Voraussetzung für das Geschäft. Was es vor allem braucht, das sind verlässliche Beziehungen zu unseren Partnern, zum Kanton, zu den Spitälern, zu den Schulen und Universitäten, wo unsere Versicherten arbeiten.

Bei der Zusammenführung und der Verselbstständigung der beiden Kassen gab es massive Probleme. Die Versicherten mussten zur Ausfinanzierung tief in die eigene Tasche langen. Das Image der sgpk war angeschlagen. Hat sich die Situation beruhigt?

Wir mussten einen Effort leisten, das ist so, und die Versicherten mussten mehr Beiträge bezahlen. Aber es hat sich gelohnt. Wir sind jetzt solid aufgestellt. Wir haben das Jahr 2019 sehr gut abgeschlossen und wir konnten sogar den Zins anheben und so den Versicherten etwas zurückgeben. Ich spüre, dass das Vertrauen wieder da ist.

Trotzdem: Wo man sich auch umhört, viele Menschen haben Angst um ihre Pension...

Ich verstehe diese Ängste, das aktuelle Tiefzinzniveau kann schon beunruhigen. Unsere Altersvorsorge ist mit erster, zweiter und dritter Säule aber ein gutes System, und gerade für die zweite Säule braucht es eine gute Pensionskasse. Das sind wir. Wir haben eine ansehnliche Grösse und so können wir auch langfristig planen. Es ist aber schon so: Heute ist es sicher richtig, wenn man sich auch um die dritte Säule kümmert.

Sie verwalten die Altersguthaben von über 36 000 Personen, das sind über 10 Milliarden Franken. Wie gehen Sie mit dieser Verantwortung um?

Die Verantwortung ist sehr gross. Wir hinterfragen alle unsere Entscheide: Was sind die Auswirkungen für die Versicherten? Profitieren sie? Zahlt sich eine Investition auch langfristig für sie aus? Ich bin sicher, wir machen unsere Sache gut.

*Das Interview führte Markus Wehrli,
Mitarbeiter Kommunikation,
Staatskanzlei*

Foto: D. Studer

Geschäftshaus Union, Spisertor
1950–1951, E. Hänni, E. Brantschen, St. Gallen



Das «Neue Bauen» in St. Gallen

Flachdächer, Rundbalkone, neue Materialien wie Stahl, Glas und Beton: In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fasste das «Neue Bauen» auch im Kanton St. Gallen Fuss – wenn auch zaghaft. Einige markante Bauten in der Stadt St. Gallen bezeugen den Wandel in Architektur und Städtebau.

*Michael Niedermann,
dipl. Architekt FH SWB,
kantonaler Denkmalpfleger*

Eines der herausragenden Beispiele des «Neuen Bauens» im Kanton ist der «Linsebühl-Bau» am Rande der St. Galler Altstadt. Er wurde 1933 erstellt, also mitten in der Wirtschaftskrise. Das ist durchaus typisch: Die Weltwirtschaftskrise wurde von einem regelrechten Bau-boom begleitet. Der bauliche Wandel ging aber – abgesehen von wenigen Beispielen wie dem «Linsebühl-Bau» – in den schweizerischen Metropolen weit rascher und heftiger vonstatten als in der Ostschweiz. Der Grund: Die Ostschweiz stand damals noch ganz in der Schockstarre nach dem Zusammenbruch der Textilindustrie.

Anstelle einer Vielzahl neuer markanter Objekte verbreitete sich das «Neue Bauen» hierzulande auf der Detailebene. Während Jahrzehnten wurden einzelne Elemente der Moderne mit dem traditionellen Heimatstil vermengt. Schmuckbefreite, schnörkellose, moderne Baukörper mit Bandfenstern und Rundbalkonen erhielten ein traditionelles Walmdach.

**Überbauung City-Park,
Lämmli brunnenstrasse**
1959, O. Glaus, R. Kramer,
W. Schuchter, H. Stadlin,
Zürich & St. Gallen.



Foto: Anonym

Schwer tat man sich auch mit der radikalen Forderung des Funktionalismus «form follows function»: Dieses nüchterne und strenge Gestaltungsprinzip stand im scharfen Gegensatz zu den Vorstellungen, wie ein repräsentatives, schmuckes Eigenheim als bürgerliches Statussymbol auszusehen hat. Bei den öffentlichen Bauten war die Toleranz gegenüber dem «Neuen Bauen» indes grösser – erst recht als die Meinung aufkam, moderne, also streng funktionale und schlichte Bauten seien auch kostengünstiger.

Geschichtlich betrachtet hat das «Neue Bauen» seinen Ursprung in der Industrialisierung um 1830. Richtig zum Durchbruch gelangte es aber erst 80 Jahre später. Es war ein Programm der Auflehnung: Widerstand gegen eine Zeit der nostalgischen Retrospektive und Aufbruch in eine neue Zeit der Funktionalität, der Ehrlichkeit und der Freude am technischen Fortschritt.

Die Interpretation dieses Fortschritts war aber wenig einheitlich. Ein Beispiel ist das moderne Flachdach. Als Abschluss eines Gebäudes nach oben kann es als simpler Deckel gegen die Witterungseinflüsse betrachtet werden. Die konzeptionelle Idee der Moderne ist aber weit komplexer. Die Protagonisten des «Neuen Bauens», allen voran Le Corbusier, sahen im Flachdach und dessen Nutzung eine Kompensation der bebauten Grundfläche. Das Flachdach wurde also «erfunden», weil man diese Fläche nutzen kann.



Foto: Tagblatt

**Wohn- und Geschäftshaus «Sântis»
Lämmli brunnenstrasse**
1932, M. Hauser Architekt, Zürich & St. Gallen

Erst nach 1960 und bis heute verbreitete sich das Flachdach in der Ostschweiz – dafür geradezu inflationär. Allerdings ging die Grundidee verloren. Massgebend dafür, ein Flachdach zu bauen, waren und sind (vermeintlich) ökonomische Vorteile. Das Beispiel «Flachdach» illustriert somit das Schicksal des «Neue Bauens» in der Ostschweiz und in St. Gallen: Im radikalen Sinn konnte es kaum Fuss fassen. Entsprechend gering – aber dafür umso interessanter – sind die guten Beispiele.

Universität St. Gallen, Dufourstrasse
1960–1963, W. M. Förderer, Rolf Otto,
Hans Zwimpfer, Basel



Foto: ETH Archiv, Zürich

Sind wir bald **per Du** mit der **Regierung**?

Laura Bucher, Susanne Hartmann, Beat Tinner: Sie sind die drei Neuen in der Regierung. Sie befinden sich seit Juni über Themen, die das Personal direkt betreffen. Wie denken sie über die Mitarbeitenden und die Verwaltung? Der «Pfalzbrief» hat ihnen auf den Zahn gefühlt.

Susanne Hartmann, Sie haben aus der Wiler Stadtverwaltung zur kantonalen Verwaltung gewechselt. Was ist anders hier?

In der Stadtverwaltung hatte ich 60 Mitarbeitende, jetzt sind es über 600. Da dauert es natürlich länger, bis ich alle Kolleginnen und Kollegen kennengelernt habe und wir unseren Teamspirit haben.

In Wil waren Sie Stadtpräsidentin mit der entsprechenden Aussenwirkung, hier wiederum sind Sie eines von sieben Regierungsmitgliedern. Ist das gut oder schlecht fürs Ego?

Mir gefällt es so viel besser. Als Stadtpräsidentin stimmten die Verantwortung und die Kompetenzen nicht ganz überein. Man wird verantwortlich gemacht für Bereiche, auf die man keinen Einfluss hat. Hier beim Kanton ist das anders. Hier werde ich viel unmittelbarer daran gemessen, was mir tatsächlich gelingt und was nicht.

Laura Bucher, Sie und Ihre Partei haben sich im Kantonsrat immer für mehr Lohn für das Personal eingesetzt. Wurden Sie mit Champagnerknallen empfangen?

(schmunzelt) Nein, das zwar nicht, aber ich habe grosse Freude wahrgenommen und spüre Wohlwollen. Wir haben uns im Team schnell gefunden und sind entsprechend gut gestartet.

Oft ist die oberste Chefin oder der oberste Chef älter. Sie aber sind in Ihrem Führungsteam die Jüngste. Wie wirkt sich das auf das Team aus?

Wir begegnen uns auf Augenhöhe und der Austausch ist unkompliziert. Das hängt vielleicht auch mit meinem Alter zusammen.

Beat Tinner, Sie pendeln von Wartau nach St.Gallen. Das sind im Auto 50 Minuten, im Zug gar 1,5 Stunden. Über was denken Sie während dieser Zeit jeweils nach?

Morgens lese ich viele Zeitungen, diese Zeit schätze ich sehr. Abends treffe ich beim Pendeln auch mal Laura [Bucher] und wir tauschen uns informell aus. Spannend ist aber vor allem auch der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Sie hatten im Wahlkampf vorgeschlagen, die Verwaltung zu dezentralisieren. Wäre das vor allem eine Möglichkeit, Ihren Arbeitsweg zu verkürzen?

Ich habe als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes Glück: Wir haben mit den RAVs, dem Forst oder den Wildhütern viele Aussenstellen. Aber ja, die Idee der dezentralen Verwaltung werde ich weiterverfolgen.



«Wir haben uns im Team schnell gefunden und sind entsprechend gut gestartet.»

Mit Homeoffice hatten wir in den vergangenen Monaten eine Art dezentrale Verwaltung erprobt. Die Regierung möchte dessen Einsatz auch fördern. Wie denken Sie über Homeoffice?

Susanne Hartmann: Es hat Vor- und Nachteile, aber bei einem 100-Prozent-Pensum sollten ein bis zwei Tage Homeoffice möglich sein. Das fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Hingegen fehlt mir der Kontakt – gerade in der gemeinsamen Projektarbeit braucht es den Austausch vor Ort.

Beat Tinner: Ich bin auch offen gegenüber Homeoffice. Eine Herausforderung ist aber, dass noch nicht alle Arbeitsinstrumente digitalisiert sind. Bei uns sind das beispielsweise Pläne. Da müssen wir vorwärts machen, damit auch die davon betroffenen Mitarbeitenden von Homeoffice profitieren können.

Laura Bucher: Homeoffice bietet Flexibilität und Betreuungsaufgaben lassen sich besser organisieren. Aber die Betreuung muss geregelt sein, denn beides gleichzeitig geht meistens nicht. Und wir dürfen unsere Mitarbeitenden am Schalter nicht vergessen, die vor Ort sein müssen. Wir sollten alle gleich behandeln. Da helfen die neuen technischen Möglichkeiten, auch wenn sich die Prozesse oft nur langsam verändern lassen.

Damit sind wir beim Image der Verwaltung. Sie sind nun auch Teil davon. Welches Vorurteil hat sich bestätigt – welches nicht?

Laura Bucher: Wir sind stark abhängig von kantonsinternen Vorgaben, Bundesvorgaben, von interkantonalen Absprachen, von der Zusammenarbeit mit den Gemeinden ... es gibt so viele Schnittstellen. Das führt dazu, dass man nicht immer so innovativ und schnell sein kann, wie wir es gern hätten.

Wollen und können Sie diesem Image der Behäbigkeit mit Ihrer Departementsführung entgegenwirken?

Susanne Hartmann: Das Image hat sich geändert, aber noch nicht so stark, wie ich mir das vorstelle. Hier haben wir als Regierungsmitglieder eine Vorbildfunktion. Wir müssen die Kundinnen und die Kunden in den Fokus rücken. Das Image prägen wir von oben, über unsere Amtsleiterinnen und Amtsleiter.

Beat Tinner: Kundenfokus heisst es auch bei mir. Bei der Kurzarbeit beispielsweise haben wir mit einer einfachen Massnahme erreicht, dass wir 60 Prozent der Eingaben schneller bearbeiten können. Das hilft unserem Image. Und ja, wir als Regierung geben den Takt vor, wie agil die Verwaltung von aussen wahrgenommen wird.

Das Image der Verwaltung war erst kürzlich wieder medial ein Thema: Kritisiert wurden die ausserordentlichen Leistungsprämien für Mehrarbeit wegen der Corona-Pandemie. Zu Recht?

Laura Bucher: Ich war etwas überrascht, denn in dieser Krise haben viele nach dem Staat gerufen. Wir waren hier für die Bürgerinnen und Bürger. Viele unserer Mitarbeitenden waren fast rund um die Uhr erreichbar und beschäftigt. Da finde ich die Prämien gerechtfertigt.

Susanne Hartmann: Man vergleicht Äpfel mit Birnen, wenn man sagt, Unternehmen hätten Kurzarbeit und die Verwaltung verteile Leistungsprämien. Unsere Mitarbeitenden haben Ausserordentliches geleistet, das darf man auch honorieren.

Beat Tinner: Für mich ist wichtig, dass wir Leistungsprämien schon immer ausgerichtet haben. Ob es nun einen Bezug zu Corona gibt oder nicht, spielt für mich deshalb nicht so eine grosse Rolle.



Während der Corona-Krise haben die Departemente sehr stark zusammengearbeitet. Das Silodenken trat in den Hintergrund. Wie nehmen Sie die über-departementale Zusammenarbeit wahr?

Beat Tinner: Beim Amtsantritt habe ich den Fokus auf die Vernetzung gelegt – nicht nur gegen aussen, sondern auch gegen innen. Hier müssen wir unserer Kultur weiterentwickeln und Probleme direkt ansprechen.

Susanne Hartmann: Ich will flache Hierarchien und direkte Dienstwege und hoffe, dass dies nicht nur innerhalb meines Departements möglich ist, sondern auch in der Zusammenarbeit mit anderen Departementen.

Laura Bucher: Meine Mitarbeitenden sind über die Departemente hinweg sehr gut vernetzt. Man kennt sich, weiss, wer was macht. Die Zusammenarbeit ist intensiv und funktioniert. Die Departemente haben aber zum Teil verständlicherweise unterschiedliche Sichtweisen auf Probleme, dann ist eine transparente Kommunikation wichtig.

Bei uns im Kanton gilt die Siez-Kultur. Wären Sie für eine Du-Kultur?

Alle drei: Ja!



«Ich will flache Hierarchien und direkte Dienstwege.»

*Das Interview führte
Thomas Zuberbühler,
Leiter Kommunikation,
Staatskanzlei*

«Nothelfer» für die psychische Gesundheit

Ab 2021 im Weiterbildungsprogramm

In medizinischen Notfällen Erste Hilfe leisten – das lernt man im Nothelferkurs. Aber was tun, wenn jemand plötzlich psychisch angeschlagen ist? Zum Beispiel die Arbeitskollegin oder der Arbeitskollege? Wie man in einer solchen Situation am besten handelt, das kann man in einem neuen Erste-Hilfe-Kurs für psychische Notfälle lernen. Ab 2021 ist er Teil des Weiterbildungsprogramms für Mitarbeitende der Verwaltung.

Die Fakten sind deutlich: Jede und jeder Zweite erleidet mindestens einmal im Leben eine psychische Erkrankung oder eine schwere Krise. Wichtig ist, solche seelischen Probleme anzusprechen und Hilfe anzubieten. Wichtig ist aber vor allem auch, diese Probleme frühzeitig zu erkennen. Den Arbeitskollegen kommt hierbei wie den Angehörigen und Freunden eine besondere Rolle zu, weil sie es sind, die am nächsten sind.

Krisen offen ansprechen können

Aber was tun, wenn man eine solche Krise bemerkt? Die sogenannten, ursprünglich aus Australien stammenden ensa-Kurse geben Antwort. Im Frühjahr 2019 wurde ensa in der Schweiz von der Stiftung Pro Mente Sana lanciert. Kurz darauf fanden auch im Kanton St.Gallen erste ensa-Kurse statt. Neben den öffentlichen Kursen von Pro Mente Sana bot das Amt für Gesundheitsvorsorge vier Kurse für Kadermitarbeitende der kantonalen Verwaltung an. Alle Kurse waren schnell ausgebucht.

Der Erste-Hilfe-Kurs für psychische Erkrankungen vermittelt Grundlagen zu psychischen Erkrankungen wie Depression, Angststörungen oder Suchterkrankungen. Für verschiedene Situationen werden konkrete Erste-Hilfe-Massnahmen erlernt und eingeübt. Die Wirksamkeit des Kurses ist nachgewiesen: Die Teilnehmenden verbessern ihr Wissen über die Psyche, auch das Vertrauen in die Fähigkeit zu helfen steigt. Das Thema psychische Gesundheit müsse auch in der Arbeitswelt offen angesprochen werden, sagt Kursteilnehmerin Tsering Gähler. «Ich habe gelernt, wie ich auf eine Person zugehen kann, der es psychisch nicht gut geht. Damit kann ich Betroffene motivieren, frühzeitig professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen.»

Überführung in POE-Kursprogramm

Ab 2021 wird der ensa-Kurs aufgrund der grossen Nachfrage ins reguläre Weiterbildungsprogramm für das Personal des Kantons St.Gallen aufgenommen. Der Kurs steht allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung offen. Anmelden kann man sich über die Website des Kantons unter «Aus- und Weiterbildung», sobald das Kursprogramm 2021 veröffentlicht ist.



Claudia Martin

Freiwilliges Engagement ist vielfältig und ich habe schon während meiner Lehrzeit in der Stadtverwaltung festgestellt, dass mich insbesondere politische Themen interessieren. Deshalb war der Schritt ins Gossauer Stadtparlament nur konsequent. Spannend ist die Mitwirkung bei der Gesetzgebung als Kantonsrätin. Als Stadträtin setze ich Verordnungen und Reglemente um und habe die Möglichkeit, eine anspruchsvolle Führungstätigkeit auszuüben. Die Politik bietet einen grossen, sinnstiftenden Gestaltungsraum. Ebenso in der Schule: Unterrichten ist eine verantwortungsvolle und erfüllende Tätigkeit, die ich nicht missen möchte. Sowohl im Klassenzimmer als auch in der Politik ist man sehr exponiert. Damit lernt man mit der Zeit umzugehen.

**Claudia Martin, Berufsfachschullehrerin
KBZ St.Gallen, SVP-Kantonsrätin,
Stadträtin Gossau**

Bernhard Hauser

Als Lehrer mit mehreren Jahren Praxiserfahrung, als Autor und Erziehungswissenschaftler an der PHSG in Forschung und Lehre wollte ich mein Wissen auch politisch einbringen. In meinem Amt als Schulratspräsident bin ich zusammen mit unseren Schulleiterinnen, dem Schulrat und der Verwaltung zuständig für die Schwerpunkte der Schule und deren Umsetzung. Als Bildungspolitiker kann ich dieses Wissen im Kantonsrat sehr gut einbringen. Ich fühle mich von der PHSG dabei gut unterstützt, eine problematische Seite gibt es nicht. Alle Gremien vom Schulrat bis zum Kantonsrat müssen die Vielfalt der Bevölkerung einigermassen repräsentieren. Und ich meine, die Zusammensetzungen passen weitgehend.

**Bernhard Hauser, Schulratspräsident
Sargans, SP-Kantonsrat**

Wenn das politische Amt lockt

Ehrenamtliche oder nebenamtliche Aufgaben übernehmen in einer Gemeinde: Wer das möchte, kann sich der Unterstützung des Kantons sicher sein. Schliesslich geht es um den Erhalt des Milizsystems. Die kantonale Unterstützung hat aber Grenzen.

Was ist das überhaupt, ein öffentliches Amt? Die Personalverordnung gibt Auskunft: Als öffentliches Amt gilt etwa die Tätigkeit als Mitglied eines Parlaments, einer Exekutive, eines Gerichts, einer Kommission oder eines anderen Gremiums des Bundes, eines Kantons, einer Gemeinde. Als öffentliches Amt gilt aber auch die Mitarbeit in einer anerkannten Religionsgemeinschaft.

Der Kanton St.Gallen begrüsst es, wenn Mitarbeitende öffentliche Ämter übernehmen – sei dies ehrenamtlich oder in einem Nebenamt. Die Begründung: Das Milizsystem stellt eine wichtige Säule des politischen Systems der Schweiz dar. Und es kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich in öffentlichen Ämtern zu engagieren.





Seline Heim

Ich bin in einer lebhaften Familie aufgewachsen, dazu gehörte auch, dass viel politisiert wurde. Deshalb bin ich auch heute politisch aktiv, und zwar als Kantonsrätin für die CVP. Im Rat und innerhalb der Fraktion vertrete ich in erster Linie die Landwirtschaft. Als Leiterin der Bäuerinnenausbildung am landwirtschaftlichen Zentrum sind für mich Bildungsfragen wichtig, als Mutter von fünf Töchtern interessieren mich selbstverständlich auch Frauenfragen. Mein politisches Amt hat viele Vorteile: Ich war in fast allen ständigen Kommissionen und habe als Kantonsrätin ein gutes Netzwerk aufgebaut. Dies hilft in meinem Arbeitsalltag. Problematisch ist es, wenn ich mich bei politischen Vorstössen wegen meines Berufes zurückhalten sollte.

Seline Heim, Leiterin Bildung Bäuerin und Bäuerliche Hauswirtschaft, Landwirtschaftliches Zentrum St.Gallen, CVP-Kantonsrätin

Interessenkonflikte möglichst vermeiden

Ein schöner Nebeneffekt eines solchen Engagements: Einerseits profitieren die Mitarbeitenden persönlich davon, andererseits profitiert aber auch der Kanton von den Erfahrungen, die sich die Mitarbeitenden in öffentlichen Ämtern aneignen. Der Kanton hat also auch so gesehen gute Gründe, diese Mitarbeit zu unterstützen.

Allerdings gilt es, Interessenkonflikte zu vermeiden. Es besteht eine Mitteilungspflicht: Wer ein öffentliches Amt ausüben will, soll dies rechtzeitig melden. Der Kanton als Arbeitgeber kann die Ausübung eines öffentlichen Amtes untersagen oder Auflagen festlegen, wenn sich das Engagement nachteilig auf die Arbeit beim Kanton auswirkt. Zudem darf das Amt nicht so zeitaufwendig sein, dass die Arbeit beim Kanton darunter leidet. Und schliesslich gibt es für einzelne Anstellungsverhältnisse sogenannte Unvereinbarkeitsbestimmungen: Generalsekretäre, Leiterinnen und Leiter der Ämter und Anstalten sowie Gerichtsmglieder können aufgrund ihrer Stellung nicht in den Kantonsrat gewählt werden.

Bis zu 15 bezahlte Urlaubstage

Gerade wo es um die zeitlichen Aspekte geht, zeigt sich das grundsätzliche Wohlwollen des Kantons gegenüber einem öffentlichen Amt. Für deren Ausübung können Mitarbeitende einen bezahlten Urlaub von bis zu 15 Tagen im Jahr beziehen. Ein Rechtsanspruch auf diesen Urlaub besteht indes nicht.

*Barbara Fäh,
Rechtsdienst,
Finanzdepartement*



Adrian Bachmann

Nach dem Studium der Staatswissenschaften hatte ich den Wunsch, Politik aktiv mitzugestalten, und trat der FDP bei. Seit 2009 bin ich Mitglied des Parlaments, heute als FDP-Fraktionschef, 2015 präsidierte ich das Stadtparlament. Für meine berufliche Tätigkeit ist das politische Mandat eine grosse Bereicherung. Es hilft mir, die Anliegen der jeweils anderen Seite besser zu verstehen und gegenseitig Verständnis zu schaffen. Ich kann zudem meine berufliche Erfahrung im Amt für Mittelschulen in den Parlamentsbetrieb einbringen. Meine Vorgesetzten haben mich immer zum politischen Engagement ermuntert. Gerade während meines Präsidialjahres habe ich auch die grosszügigen Absenkmöglichkeiten zur Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes sehr geschätzt, welche der Kanton gewährt.

Adrian Bachmann, Leiter betriebswirtschaftliche Abteilung, Amt für Mittelschulen, FDP-Stadtparlamentarier Wil

Das letzte Wort ...

... hat Christine Jepsen, Lernende Fachfrau Information und Dokumentation in der Kantonsbibliothek Vadiana.



Foto: Thomas Hary

Verzichten ist nicht immer einfach. Wir sind uns gewohnt, viel zu konsumieren, da sich viele Menschen in der Schweiz auch Luxusgüter problemlos leisten können. Während des Corona-Lockdowns beschwerten sich einige, dass ihnen die Freiheit fehlen würde – unter anderem auch beim Konsumieren. Ich empfand das als masslos übertrieben. Es stimmt schon: Beim Lockdown hiess es, dass man besser zu Hause bleiben sollte, aber ich würde das nicht gleich als fehlende Freiheit bezeichnen. Es gab ja einen triftigen Grund, weshalb es zu dieser Aufforderung kam.

Seien wir ehrlich: Im Grunde könnten wir auf vieles verzichten, sei es bei den Lebensmitteln, bei der Technik oder bei der Freizeit. Die Grundbedürfnisse eines Menschen sind ja eigentlich auch leicht zu decken. Schliesslich geht es um die einfachen Dinge wie zum Beispiel Luft und Wasser oder ausreichend Nahrung und ein Obdach. Trotzdem sind

bei vielen Menschen auf dieser Welt selbst diese Grundbedürfnisse nicht ausreichend gedeckt – und dies nicht, weil sie gerade eine Diät machen oder weil die Eltern das Handy eingezogen haben, sondern weil es ihnen am Geld fehlt.

Und wir? Wir, die wir alles haben, beklagen uns, wenn wir beispielsweise ein paar Wochen nicht ausgehen können. Dabei haben wir alles, was wir brauchen, und wir haben noch mehr als das. Viele denken: Weshalb sollen wir auf etwas verzichten, wo es doch so viel davon hat? Ich erinnere mich, dass wir in der Schule einmal ein Projekt hatten, Thema «Ein Monat ohne Handy». Ganz ehrlich: Es war halb so schlimm.

Mein Fazit lautet: Es ist nicht schlecht, auch einmal auf etwas zu verzichten. Wer weiss, vielleicht lernt man ja etwas dabei. Oder man sieht zumindest, dass man auch ohne kann.